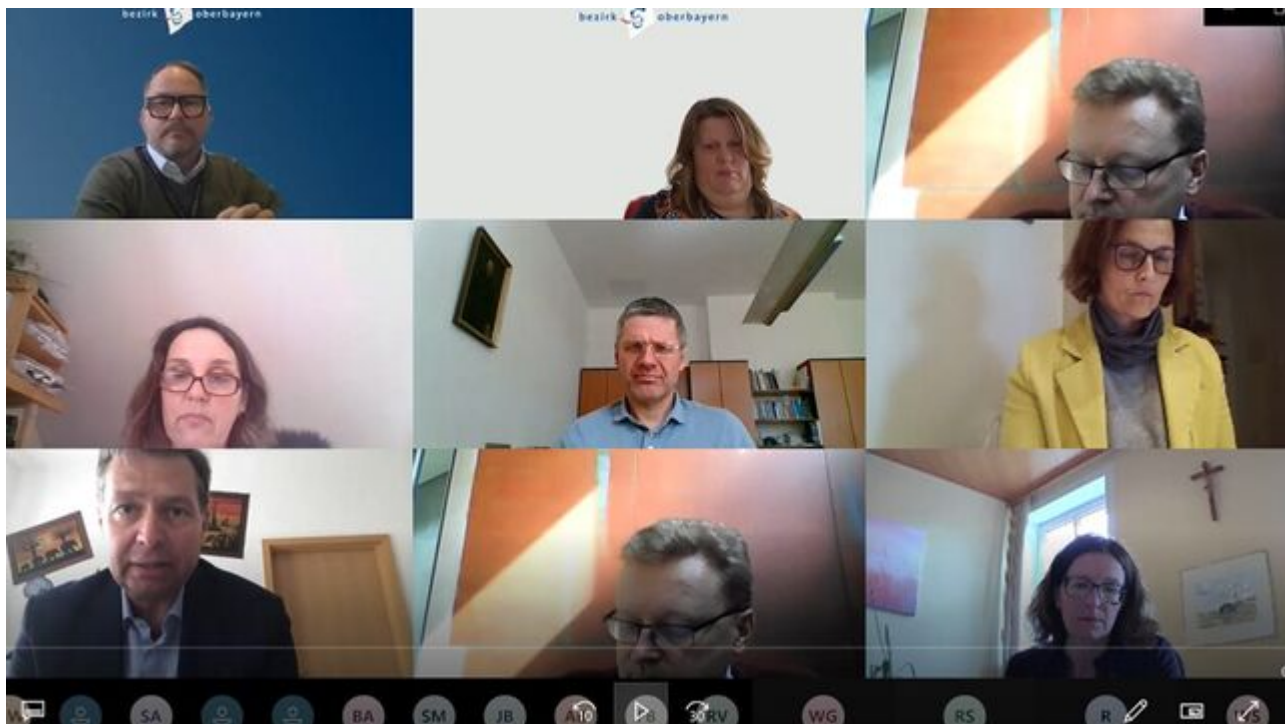


Artikel vom 14.04.2021

Dialog mit den sozialen Trägern

Bezirksrätin Claudia Hausberger und MdB Stephan Mayer



Dialog mit den sozialen Trägern

Auf Einladung von Bezirksrätin Claudia Hausberger war der Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Stephan Mayer, MdB, Heimatabgeordneter im Landkreis Mühldorf in einer digitalen Informationsveranstaltung zu Gast.

Thema der Veranstaltung war „Corona – Probleme und Sorgen der Alten- und Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen im Landkreis Mühldorf“. Herr Mayer informierte im ersten Teil der Veranstaltung über den aktuellen Stand der Pandemie sowie der Impfstrategie. Impfen würde im Landkreis Mühldorf im Moment gut laufen und auch durch Öffnung der Impfung für die Hausärzte werde dies einen positiven Schub gegeben. Problem sei jedoch, dass 80 % der im Moment infizierten Personen die extrem ansteckende britische Variante sei.

Wichtig müsse auch in Zukunft Testen und Impfen sein. Als wichtiges Instrument gerade für die sozialen Verbände sei das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG). Es regelt die Voraussetzungen für die Gewährung von Zuschüssen für Einrichtungen und soziale Dienste zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise.

In der anschließenden Diskussion war die einhellige Meinung der Teilnehmer, dass die langzeitfolgende der Pandemie gerade für psychisch betroffene Personen, aber auch für viele Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen, jetzt noch gar nicht abschätzbar sind. Auch bei Personen mit Suchtproblemen werden wir die Auswirkungen erst später nochmals deutlich spüren, so die Meinung.

Die Menschen hätten große Existenzängste. Die kann auch nur bedingt kompensiert werden, da die sonst üblichen Gruppen- und Einzeltherapien im Moment sehr schwer durchführbar seien. Oft fehle es schon an Themen wie Raumgröße etc. Natürlich werde von Seiten der Dienste versucht, die Thematiken per Telefon oder soweit möglich auch durch Kontakte im freien zu kompensieren, dies sei aber nicht so effektiv.

Auch im Bereich der Beschäftigung gibt es große Befürchtungen. Viele Menschen mit Handicap Angst haben, die Stelle zu verlieren und auch für Jugendliche mit Handicap ist es im Moment – trotz großer Anstrengung der Ausbilder – nur schwer bis gar nicht möglich, eine Stelle zu finden. Es darf trotz allem kein Jugendlicher verloren gehen.

Von Seiten der Einrichtungen war der dringende Appell an Herrn MdB Mayer aber auch an die Bezirksrätin, dass in den nächsten Jahren, wo durch die Steuerrückgänge Verteilungsdebatten zu erwarten sind, der soziale Bereich nicht hintanstellen darf, da die Ausarbeitung der Krise viele Menschen therapeutische Unterstützung brauchen werden und die Dienste hier dringend nötig sein werden. Der Staatssekretär sagte hier seine volle Unterstützung zu, auch bei der Klärung, welche Rechte die geimpften Mitarbeiter/innen in Pflegeheimen erhalten können.
